

Philip Morris-Studie
zur Lebenswirklichkeit
in Deutschland

WIE WIR *WIRKLICH* LEBEN



PHILIP MORRIS GMBH

2021

1 – Einleitung	3
2 – Methode und Vorgehen	7
3 – Ergebnisse	11
4 – Ausblick und Diskussion	54
5 – Fazit	57

1

Einleitung

Die Studie „Wie wir wirklich leben“, die das rheingold institut in unserem Auftrag durchgeführt hat, haben wir im vergangenen Jahr als Ausgangspunkt dafür gesehen, sowohl innerhalb als auch außerhalb unseres Unternehmens, das Bewusstsein für gesellschaftliche und politische Themen zu schärfen und unsere Rolle als Unternehmen in der Gesellschaft zu reflektieren.

Anknüpfend an viele Diagnosen, die von zunehmender gesellschaftlicher Spaltung ausgehen, wollten wir mit unserer Studie erstens herausfinden, ob man diese Vermutung empirisch unterstützen kann. Zweitens wollten wir uns mit der Studie auch dafür einsetzen, den gesellschaftlichen Diskurs von einem problemzentrierten hin zu einem lösungsorientierten zu verschieben. Wir sind überzeugt, dass mit permanenten Krisendiagnosen und dem Beklagen von Missständen niemandem geholfen ist. Stattdessen braucht es den Austausch über Lösungsansätze und Zukunftsmodelle, um unsere Demokratie dauerhaft zu stärken.

In einer immer ausdifferenzierteren Gesellschaft ist jede und jeder gefragt, sich zu beteiligen nach Antworten auf die großen Herausforderungen zu suchen. Politikerinnen und Politiker können diese Aufgabe nicht mehr allein bewältigen. Wirtschaftsunternehmen können unterstützend wirken und durch Engagement für die Demokratie und die Förderung von politischer Bildung den gemeinschaftlichen, lösungsorientierten Diskurs in der Gesellschaft stärken. Daher wollen wir auch in diesem Jahr mit einer Fortsetzung der Studie „Wie wir wirklich leben“ dazu beitragen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Vertrauen in demokratische Institutionen und Akteure durch unternehmensinterne wie -externe Debatten zu stärken.

Die Studie aus mehreren qualitativen und repräsentativen quantitativen Befragungen im Jahr 2020 hat sich auf das Verhältnis der Menschen in Deutschland zur Politik konzentriert. Wir haben abgefragt, wie Bürgerinnen und Bürger ihre Lebenssituation wahrnehmen, wo ihre Ängste und Sorgen liegen, welche politischen Themen ihnen wichtig sind und wie sie auf ihre Zukunft schauen. Dadurch haben wir einen detaillierten Einblick in die Lebenswirklichkeit von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland gewinnen und auf Basis der identifizierten relevanten Themenfelder Lösungsansätze zum gesellschaftlichen Miteinander ableiten können.

Über die Ergebnisse hinaus haben wir darin von Anfang an den Auftrag gesehen, zu den gewonnenen Erkenntnissen und Einsichten innerhalb und außerhalb unseres Unternehmens in Dialog zu treten. Mit Verantwortlichen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft haben wir diskutiert, welche Ansätze sich für den Umgang mit Ängsten, Überforderung und Unzufriedenheit in unserer Gesellschaft bieten. Die Ergebnisse und die produktive Diskussion haben uns ermutigt, die Studie in diesem Jahr fortzusetzen.

In diesem Jahr setzen wir in der Studie einen neuen Fokus: Die Bundestagswahl beeinflusst die politische Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wesentlich. Zusätzlich haben wir an den Ergebnissen des letzten Jahres gesehen, dass gleiche Erwartungen, Wünsche und Ängste nicht unbedingt zu gleichen Wahlentscheidungen führen: Innerhalb der definierten Erwartungstypen gaben die Befragten unterschiedliche Parteipräferenzen an. Auf Basis dieses Befundes und anlässlich der Bundestagswahl in diesem Jahr betrachten wir gemeinsam mit dem rheingold institut die Wahlentscheidung von Bürgerinnen und Bürgern.

Die zentralen Fragen der diesjährigen Studie lauten: Warum wählen Bürgerinnen und Bürger, wie sie wählen? Was motiviert sie, wählen zu gehen? Und was hält sie von der Wahl ab?

Für Demokratien ist es essenziell, dass Bürgerinnen und Bürger sich an Wahlen beteiligen. Nur so kann eine angemessene Repräsentation vielfältiger gesellschaftlicher Interessen gewährleistet und politische Institutionen demokratischen Normen entsprechend legitimiert sein. Herauszufinden, weshalb Bürgerinnen und Bürger nicht wählen oder nach welchen Prinzipien sie wählen, kann daher wichtige Ansätze dafür liefern, wie Repräsentation und Legitimation unseres demokratischen Systems auch in Zukunft sichergestellt werden kann.

In der diesjährigen Studie haben wir in einem ersten Schritt umfassend die Wahlmotivationen von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland erfasst. Anschließend haben wir untersucht, ob sich die verschiedenen Motivationen systematisieren lassen. Dazu haben wir zunächst geschaut, ob sich die Wahlmotivationen nach Parteipräferenz, Alter, Bundesland, Geschlecht oder Einkommen der Befragten signifikant unterscheiden. Weiterhin haben wir das Antwortverhalten den im vergangenen Jahr entwickelten Erwartungstypen zugeordnet: Auch hier wurden signifikante Unterschiede in der Wahlmotivation zwischen den Erwartungstypen untersucht. Dadurch konnten wir detaillierte Einblicke in die Muster des Wahlverhaltens und der Wahlmotivation von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland gewinnen und gleichzeitig Ansatzpunkte für Strategien zur Mobilisierung zur Wahl ableiten.

2

Methode und Vorgehen

Zweistufiges Untersuchungsdesign der Studie



Stufe 1

Qualitative Phase

März 2021

40 psychologische Tiefeninterviews
zur Wahlmotivation deutschlandweit



Stufe 2

Quantitative Phase

April 2021

5.305 Befragte, auf Bundesebene repräsentativ,
repräsentativ für die Bundesländer: NRW,
Bayern, Baden-Württemberg Niedersachsen,
Sachsen, Thüringen

Auch in diesem Jahr haben wir uns gemeinsam mit dem rheingold institut für ein zwei-stufiges Untersuchungsdesign entschieden (vgl. Abbildung 1). Zu Beginn der Jahres 2021 hat rheingold in einem ersten Schritt durch qualitative Leitfadeninterviews einen explorativen Einblick in die Wahlmotivationen und das Wahlverhalten von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland gewonnen.

In 40 Einzelinterviews wurden Probandinnen und Probanden im Alter von 18 bis 65 Jahren in zweistündigen psychologischen Tiefeninterviews zu ihrem Wahlverhalten, ihren Wahlmotivationen und ihren politischen Einstellungen befragt. Eine möglichst breite regionale Streuung sowie soziodemographische Variablen wurden bei den jeweiligen Interviews berücksichtigt. Die Variable Geschlecht war ausgeglichen verteilt. Aufgrund der pandemischen Lage wurden die Interviews per Video durchgeführt.

Anhand der Ergebnisse der qualitativen Interviews wurde ein Fragebogen für eine bundesweite quantitative Studie entwickelt. Dabei wurden zentrale Fragen aus der Studie 2020 übernommen, so dass Veränderungen über die Zeit ausgemacht werden konnten.

Weiterhin umfasste der Fragebogen einen kurzen Abschnitt zur Mediennutzung für politische Informationen und Nachrichten der Teilnehmenden, gefolgt von einem längeren Abschnitt zur politischen Einstellung der Befragten. Hier wurden allgemeine, wertebasierte Fragen sowie konkret die Zufriedenheit der Befragten mit bestimmten politischen Maßnahmen abgefragt. Auch wurde die Zufriedenheit mit dem Umgang der deutschen Politik mit der Corona-Pandemie erfasst. Anschließend folgte ein ausführlicher Befragungsteil zur Wahlmotivation der Befragten. Hier wurden Ziele, die Befragte mit ihrer Wahlentscheidung verfolgen, Bewertungen von Politikerinnen und Politikern sowie Parteiidentifikationen der Teilnehmenden erfasst.

Auf Bundesebene wurde für die quantitative Befragung eine Zufallsstichprobe gezogen, die groß genug war, um nicht nur bundesweit für die wahlberechtigte Bevölkerung repräsentativ zu sein, sondern ebenfalls noch aussagekräftige Rückschlüsse auf ausgewählte Bundesländer zuzulassen.

Die Stichprobe umfasste 5.250 Befragte. Damit ist sie nicht nur bundesweit, sondern auch für ausgewählte Bundesländer repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung. Für die bevölkerungsreichen Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen können somit repräsentativ Aussagen getroffen werden. Um dies auch für bevölkerungsärmere Bundesländer zu ermöglichen und potenzielle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu untersuchen, wurde für die Bundesländer Sachsen und Thüringen ein Boost eingesetzt (Sachsen $n = 250$, Thüringen $n = 370$).

3

Ergebnisse

Erwartungstypen

Anknüpfend an unsere Studie 2020 haben wir zunächst Änderungen in der Verteilung der von uns erstellten Erwartungstypen in der Stichprobe überprüft. Abbildung 2 fasst die wesentlichen Eigenschaften der einzelnen Erwartungstypen noch einmal zusammen.

Bei der Verteilung der unterschiedlichen Erwartungstypen in der Stichprobe zeigen sich im Vergleich zum letzten Jahr kaum Veränderungen (vgl. Abbildung 3). Nur der Anteil der Gruppe der Desinteressiert-Zurückgezogenen in der Stichprobe reduzierte sich von 12 auf 8 Prozent. Hier ist eine gesellschaftliche Politisierung erkennbar: Offensichtlich können sich die Befragten der Auseinandersetzung mit politischen Themen nicht entziehen und müssen oder wollen sich stärker involvieren. Hier liegt es nahe, die Politisierung vor allem auf die Corona-Pandemie und den damit verbunden stärkeren Eingriff der Politik in das persönliche Leben zurückzuführen: Der Effekt politischer Maßnahmen wurde für alle Bürgerinnen und Bürger spürbar, was das politische Interesse oder zumindest die Notwendigkeit, sich über Politik zu informieren, verstärkt hat.

30%

Zufrieden Moderate

Motto: „Das Allgemeinwohl muss im Vordergrund stehen.“

Die Gruppe ist grundsätzlich zufrieden mit dem Status Quo und blickt relativ zuversichtlich in die Zukunft. Forderungen an die Politik und/oder eine Änderung des Politikstils sind eher moderat, dies gilt auch für etwaige Maßnahmen und Eingriffe des Staates in einzelne Politikfelder. Sie sind weniger infoaktiv und greifen eher auf konventionelle Informationsangebote als alternative Quellen zurück.

27%

Engagierte Optimisten

Motto: „Wir müssen den Klimawandel gemeinsam bewältigen.“

Diese Gruppe zeigt eine hohe Zufriedenheit und Zuversichtlichkeit und möchte konstruktiv-progressiv u. a. das Thema Klima-/Umweltschutz bearbeiten. Die Engagierten Optimisten sind infoaktiv, werteorientiert, aber auch flexibel und offen für Interessensausgleich.

17%

Überforderte Ängstliche

Motto: „Die Politik soll endlich etwas machen.“

Diese Gruppe stellt eine Vielzahl an Forderungen an die Politik. Sie versteht Regulierung als erforderlich im Sinne von Kontrolle und Schutz. Die Überforderten Ängstlichen haben vor allem Angst (im doppelten Sinne), auch vor Migration und vor dem Klimawandel.

15 %

Enttäuschte Radikale

Motto: „So kann es nicht weitergehen.“

Diese Gruppe umfasst mehrheitlich enttäuschte, eher frustrierte und misstrauische Menschen, die sich vernachlässigt und bevormundet fühlen. Die Enttäuschten Radikalen sind sehr in Filterblasen unterwegs und neigen zu Verschwörungstheorien/alternativen Fakten. Sie sind gegen Migration und Klimaschutz, fordern radikale Veränderungen, sind aber nicht bereit, selber einen Beitrag zu leisten oder Einschränkungen hinzunehmen.

11 %

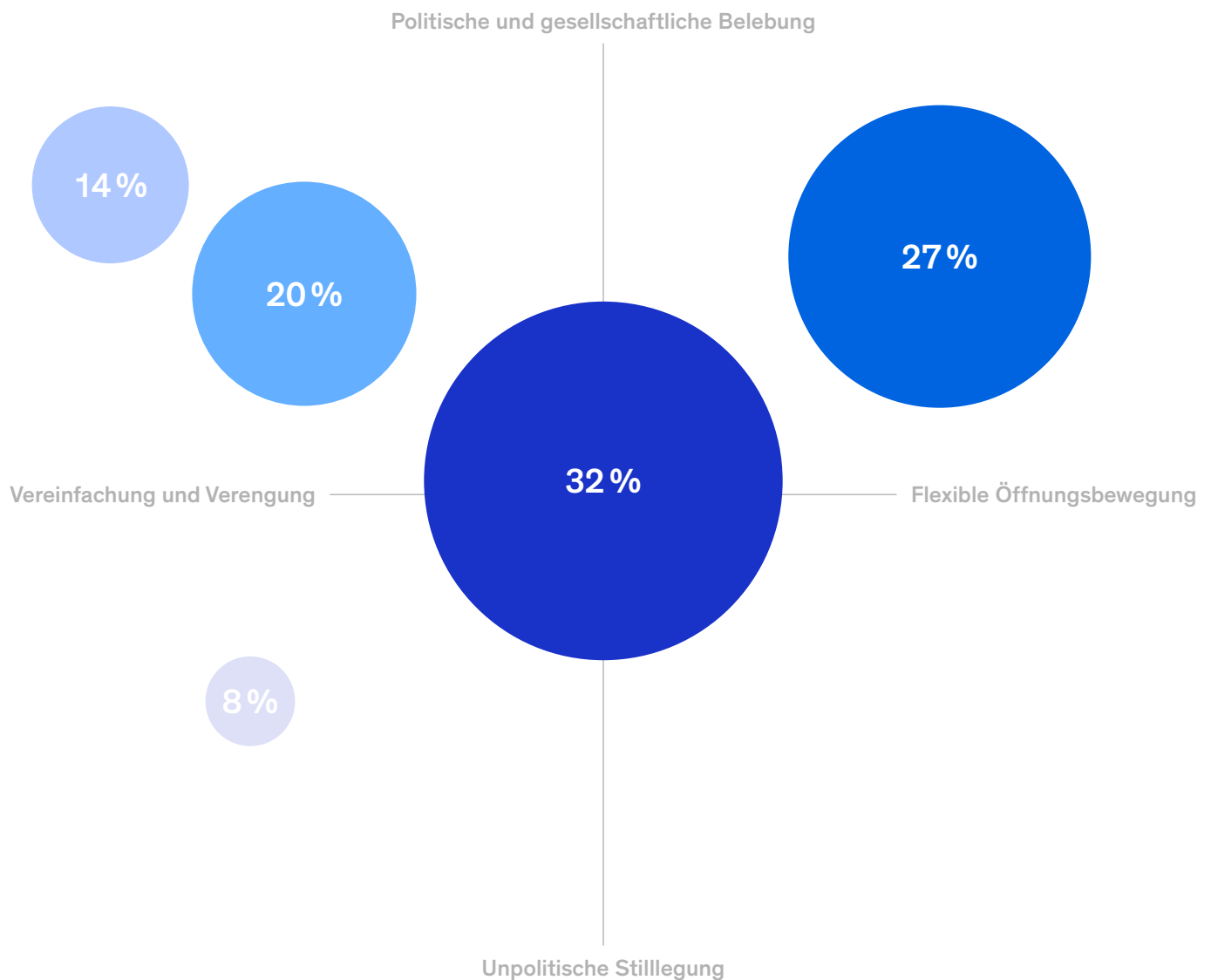
Desinteressierte Zurückgezogene

Motto: „Ich habe andere Sorgen.“

Dieser Typus fokussiert sich auf sein eigenes Leben; Politik interessiert nicht besonders und es herrscht oft großes Unwissen. Es ist eine vulnerable Gruppe: Eher unzufrieden misstrauen die Desinteressiert Zurückgezogenen offiziellen Medien relativ stark und vertrauen häufiger sozialen Medien. Sie sind eher Mitläufer, die sich leicht von Populismus/Stimmungen beeinflussen lassen.

Den beiden größeren Gruppen, die insgesamt persönlich zufrieden, politisch konstruktiv und überdurchschnittlich gut informiert sind (etwa 60%), stehen immerhin mehr als 40% von Bürgern gegenüber, deren Einstellung zu Politik und Gesellschaft durch tiefsitzende Gefühle von Verunsicherung, Überforderung, Ängsten oder Desinteresse geprägt wird. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Erwartungstyp der Ängstlichen Überforderten, der sich – bei aller persönlichen Unzufriedenheit und Desorientierung und trotz seiner Wahrnehmung eines drohenden gesellschaftlichen Niedergangs – den grundsätzlichen Glauben an die Bedeutung von Allgemeinwohl und Mehrheitsprinzip bewahrt hat. Die tiefgehende Analyse der Erwartungstypen bildet Anknüpfungspunkte, wie Vertrauen und Zusammenhalt im Zusammenspiel zwischen Gesellschaft und Politik gestärkt werden können.

Einordnung der Erwartungstypen anhand von Politisierungsgrad und Grad der Tendenz zur Vereinfachung gesellschaftlicher Sachverhalte

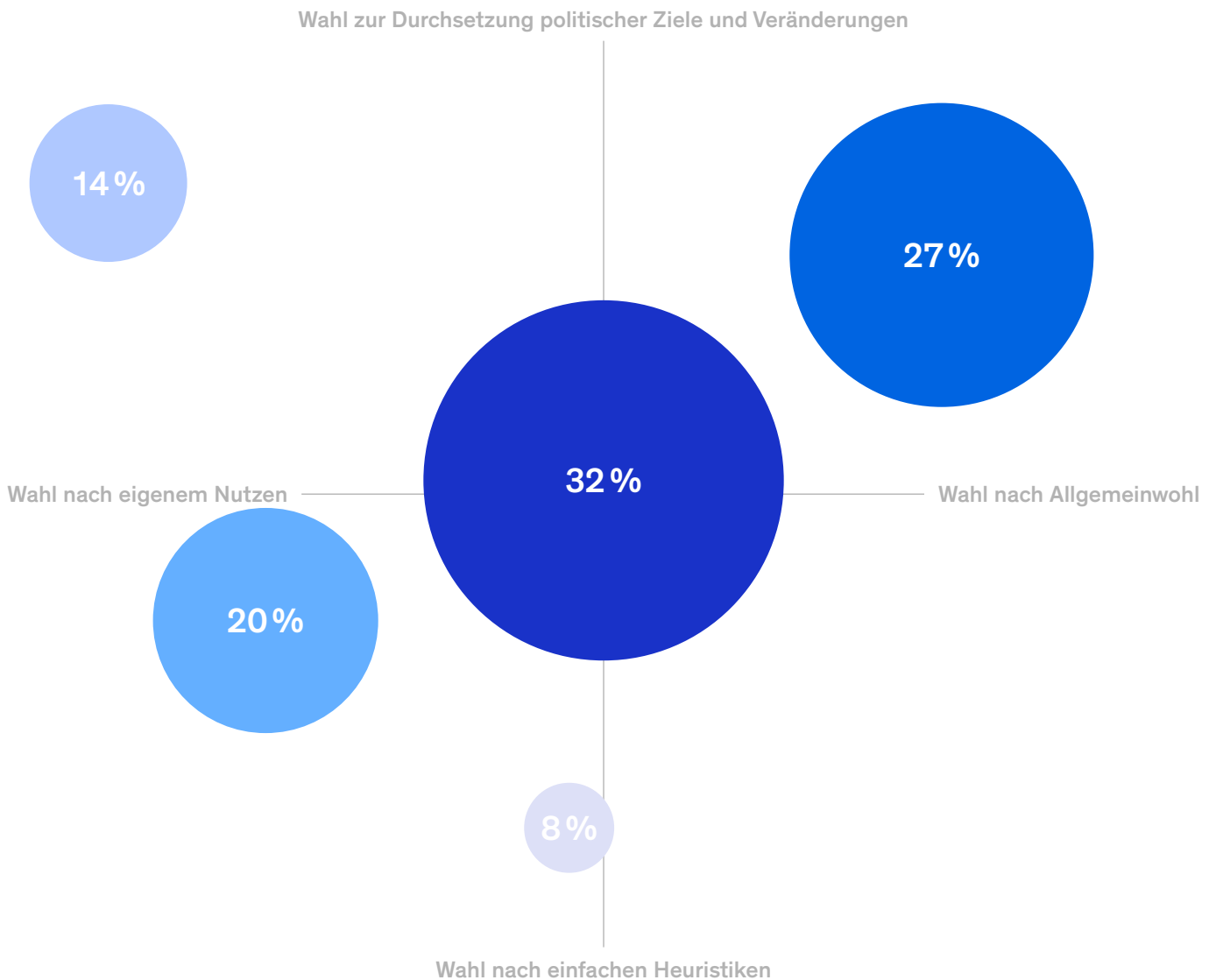


- Zufrieden Moderate
- Umweltbewusste, engagierte Optimisten
- Überforderte Ängstliche
- Enttäuschte Radikale
- Desinteressierte Zurückgezogene

Da der Fokus der diesjährigen Studie auf dem Wahlverhalten und den Wahlmotivationen von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland liegt, wurde für jeden Erwartungstyp das Wahlverhalten charakterisiert. Zunächst lassen sich die Erwartungstypen diesbezüglich anhand von zwei Dimensionen (vgl. Abbildung 4) einordnen: ‚Hohes politisches Involvement und Interesse‘ vs. ‚geringes politisches Involvement‘ sowie ‚Festen Halt und Sicherheit suchen‘ vs. ‚Den Wandel forcieren / offen für Veränderungen sein‘. Eine detaillierte Beschreibung der Eigenschaften des Wahlverhaltens und der Wahlmotivationen der einzelnen Erwartungstypen ist zusätzlich in Abbildung 5 zu finden.

Auch wenn sich Muster ähnlicher Motivationen innerhalb der Erwartungstypen erkennen lassen, war auffällig, dass das Wahlverhalten innerhalb der einzelnen Typen relativ heterogen war. So war keinem Typus eindeutig eine bestimmte Partei zuzuordnen. Daraus lässt sich schließen, dass gleiche Wünsche, Ängste und Erwartungen an die Politik nicht notwendigerweise zu gleichem Wahlverhalten führen. Das Ergebnis hat es uns dazu motiviert, das Wahlverhalten und die Wahlmotivationen in unserer Stichprobe auch unabhängig von den Erwartungstypen zu betrachten.

Einordnung der Erwartungstypen nach Prinzipien ihrer Wahlentscheidung



- Zufrieden Moderate
- Umweltbewusste, engagierte Optimisten
- Überforderte Ängstliche
- Enttäuschte Radikale
- Desinteressierte Zurückgezogene

30%

Zufrieden Moderate

Für diese Gruppe ist die Wahl Bürgerpflicht und demokratische Errungenschaft. Sie möchten Kontinuität und Beständigkeit wahren, die politische Mitte unterstützen und das politische System in Balance halten. Ausgleich zwischen Interessensgruppen, Gesellschaftsgruppen, zwischen Natur und Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit ist ihnen wichtig. Dabei unterstützen sie einen moderaten Wandel, der nicht zu einschneidend ist und nichts „wegnimmt“, damit das System, die Gesellschaft, die Umwelt langfristig stabil und erhalten bleiben.

27%

Engagierte Optimisten

Diese Gruppe informiert sich und verfolgt Politik sehr intensiv. Sie wählen aus langfristigen Werten, Anschauungen und Überzeugungen heraus und wollen erreichen, dass möglichst viele der Ideen umgesetzt werden, die sie für richtig und notwendig halten (z.B. für Klimaschutz, Integration, soziale Gerechtigkeit). Sie entscheiden sich FÜR eine Partei oder Grundrichtung, überzeugt von den politischen Zielen und wollen gleichzeitig ein Gegengewicht zu rechten/nationalistischen Tendenzen und Ideologien schaffen.

17%

Überforderte Ängstliche

Sie sind sehr unsicher, wen sie wählen sollen und es fällt Ihnen schwer, eine Entscheidung zu treffen. Sie wählen den Politiker oder die Partei, die augenscheinlich am ehesten Ruhe, Ordnung, Kontrolle und starke Führung in die Politik bringen könnte und ein Gefühl von Sicherheit vermittelt. Ihre Wahl ist sehr emotional getrieben und sie beschäftigen sich wenig mit Parteiprogrammen. Die AfD wirkt attraktiv, weil sie ein autoritäres, machtvolleres Eingreifen und einfache Lösungen verspricht. Ihre Radikalität und Nähe zu Querdenkern/schnellen Lockerungen macht andererseits Angst. Häufig bleibt man dann doch bei den eher vertrauten Parteien (CDU/CSU, SPD), das verspricht noch am ehesten Stabilität oder Sicherheit.

15 %

Enttäuschte Radikale

Diese Gruppe hat zum Ziel, die Politik „aufzumischen“. Entweder möchten sie Ideen umgesetzt wissen, die im Spektrum der parlamentarischen Politik bisher nicht vertreten sind oder die Wahl ist eher Ausdruck von Protest, Wut, Widerstand und Unzufriedenheit. Sie informieren sich häufig in „alternativen“ Quellen und verfolgen Politik zum Teil sehr intensiv, um sich daran zu reiben und ihre Position zu rechtfertigen. Starke AfD-Präferenz und aufgrund der hohen Frustration und Enttäuschungsspiralen häufig Nichtwähler.

11 %

Desinteressierte Zurückgezogene

Sie wählen nur aus Pflichtgefühl heraus oder weil andere (Familie, Freunde) einem das sagen. Insgesamt findet kaum Auseinandersetzung mit politischen Inhalten statt. Bei der Wahlentscheidung orientieren sie sich an dem, was nahestehende Personen (Eltern, Ehepartner, Kinder, Freunde) wählen oder einem vorgeben oder sie stellen ein Thema in den Fokus, blenden alles andere ausblenden und entscheiden nach einfachen, plakativen Zuordnungen. Tendenziell findet eine eher defensive Wahl statt: Vorsichtshalber keine starken Veränderungen, im Zweifel lieber Beständigkeit.

Wahlverhalten

Allgemein ergab unsere Stichprobe eine hohe Wahlbeteiligung, durchschnittlich lag sie bei ungefähr 80 Prozent unter den Befragten. Allerdings zeigt Abbildung 6 Differenzen in der Regelmäßigkeit der Wahlbeteiligung nach Alter: je älter die Befragten, desto regelmäßiger die Wahlbeteiligung. Es muss dabei beachtet werden, dass Befragte der jüngsten Gruppe gegebenenfalls noch nicht die Möglichkeit hatten, sich regelmäßig oder überhaupt an Wahlen zu beteiligen. Die starken Unterschiede können also unter anderem auch darauf zurückgeführt werden.

Wie würden Sie Ihr Wahlverhalten bei den Bundes- und Landtagswahlen über die letzten Jahre beschreiben? Wie häufig gehen Sie wählen?

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



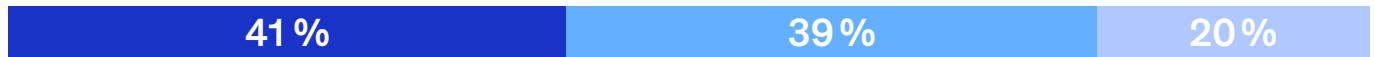
55 und älter



- Ich gehe (fast) immer zur Wahl.
- Ich gehe häufig zur Wahl.
- Ich gehe ab und zu zur Wahl.
- Ich gehe selten oder nie zur Wahl.
- Keine Antwort

Und wählen Sie dabei immer die gleiche Partei oder wählen sie abwechselnd / unterschiedliche Parteien?

18 bis 34 Jahre






35 bis 54 Jahre



55 und älter



-  Ich wähle (fast) immer die gleiche Partei
-  Ich habe 2–3 Parteien, zwischen denen ich abwechsle
-  Ich bin oft unentschlossen, entscheide mich jedes Mal neu

Ebenfalls zeigten sich bezüglich der Entschlossenheit in der Wahlentscheidung deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Die älteste Gruppe (55 und älter) der Stichprobe gab in der deutlichen Mehrheit (64 Prozent, vgl. Abbildung 7) an, bei den meisten Wahlen immer die gleiche Partei zu wählen. Auch dieses Jahr sei sie in ihrer Wahlentscheidung bereits entschlossen (vgl. Abbildung 8).

Im Gegensatz dazu zeigte sich die Gruppe der jüngsten Befragten (18 bis 34 Jahre) bezüglich der Parteien, die sie wählt, am wechselhaftesten und bezogen auf die diesjährige Wahlentscheidung am unentschlossensten: Ungefähr 50 Prozent der 18- bis 34-Jährigen gaben an, noch nicht genau zu wissen, wen sie in diesem Jahr wählen würden. Abbildung 7 zeigt dabei, dass diese jüngeren Wähler größtenteils nur die Wahl weniger Parteien in Erwägung ziehen: 39 Prozent der jüngsten Altersgruppe gaben an, bei ihrer Wahl zwischen zwei bis drei Parteien zu wechseln. Hieraus lässt sich zwar eine geringere Parteiverbundenheit als bei den Gruppen älterer Befragten ableiten, allerdings spricht es gleichzeitig dafür, dass der jeweilige politische Standpunkt auch unter den jüngeren Wählern definiert ist und nur bestimmte Parteien zur Wahl in Frage kommen.

Die hohe Beteiligung an vergangenen und die Entschlossenheit zur Teilnahme an zukünftigen Wahlen sowie die geringe Zustimmung zu Aussagen, die auf Überforderung oder Schwierigkeiten mit Wahlentscheidungen und -programmen hindeuten, sind dabei als positive Befunde zu bewerten. Eine Krise der Demokratie oder Überforderung mit der politischen Lage in Deutschland lässt sich auf Basis dessen nicht bestätigen.

Wie sicher fühlen Sie sich aktuell bei Wahlen – z.B. bei den demnächst anstehenden Bundes- oder Landtagswahlen?

Ich weiß sehr gut, wen ich wählen werde.

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Ich habe Angst, das Falsche zu wählen. Mir fällt es sehr schwer, eine Entscheidung zu treffen.

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Wie sicher fühlen Sie sich aktuell bei Wahlen – z.B. bei den demnächst anstehenden Bundes- oder Landtagswahlen?

In diesem Gewirr verliert man leicht den Überblick und weiß nicht mehr, wen man wählen soll.

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Ich werde wahrscheinlich nicht wählen gehen.

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Motivationen und Bedeutung von Wahlen

Auch bei den Gründen und Motivationen für die Wahlentscheidung zeigte sich in unserer Studie ein relativ positives Bild. Die Aussagen, wonach die Befragten mit ihrer Wahl Politik mitgestalten und Einfluss nehmen können und wollen, erhielten durchschnittlich mehr Zustimmung als Aussagen, wonach Wahlen nichts bewirken würden (vgl. Abbildung 9).

Allerdings unterscheidet sich das Antwortverhalten je nach angegebener Parteipräferenz erkennbar: Während potenzielle Wählerinnen und Wähler der Grünen im Vergleich das höchste Vertrauen in den Einfluss politischer Wahlen auf die Gestaltung und Ausrichtung von Politik zeigten, fielen Wählerinnen und Wähler der AfD gemeinsam mit Nichtwählerinnen und -wählern bei diesen Aussagen mit geringen Zustimmungswerten auf. Auch bei Befragten, die angaben, unentschlossen bezüglich ihrer Wahlentscheidung zu sein, bewegte sich die Zustimmung auf niedrigerem Niveau als bei den übrigen Parteianhängerinnen und -anhängern. Allgemein ist in Abbildung 9 die Tendenz erkennbar, dass der wahrgenommene politische Einfluss unter Wählerinnen und Wählern umso höher und die politische Frustration geringer ist, je höher die Chancen der präferierten Partei auf einen Wahlerfolg sind.

Auch ist eine überraschend hohe Neigung zu taktischen Überlegungen vor der Wahl zu erkennen (vgl. Abbildung 9): Bis auf die Befragten, die angaben, vermutlich nicht wählen zu gehen, stimmten über die Parteien hinweg alle Befragten mehrheitlich der Aussage zu, sie würden auch deshalb wählen, damit eine bestimmte Partei ihre Stimme nicht bekäme. Hier zeigt sich bei allen Wählerinnen und Wählern auch ein taktisches Kalkül, das die Wahlentscheidung gegebenenfalls beeinflusst, mindestens aber wahlmobilisierend wirkt.

Was glauben Sie, welchen Einfluss Sie durch politische Wahlen in Deutschland haben?

Ich wähle vor allem, damit meine Stimme bestimmten Parteien nicht zufällt.

CDU/CSU



GRÜNE



SPD



AfD



LINKE



FDP



Unentschlossene



Nichtwähler*innen



Was glauben Sie, welchen Einfluss Sie durch politische Wahlen in Deutschland haben?

Ich kann und will durch meine Wahl Politik mitgestalten.

CDU/CSU



GRÜNE



SPD



AfD



LINKE



FDP



Unentschlossene



Nichtwähler*innen



Was glauben Sie, welchen Einfluss Sie durch politische Wahlen in Deutschland haben?

Ich entscheide mit meiner Wahl über die grundsätzliche Ausrichtung von Politik mit.

CDU/CSU



GRÜNE



SPD



AfD



LINKE



FDP



Unentschlossene



Nichtwähler*innen



Was glauben Sie, welchen Einfluss Sie durch politische Wahlen in Deutschland haben?

Meine Wahl bewirkt kaum etwas. Die Politiker machen ohnehin, was sie wollen oder was ihnen von anderen vorgegeben wird.

CDU/CSU



GRÜNE



SPD



AfD



LINKE



FDP



Unentschlossene



Nichtwähler*innen



Was glauben Sie, welchen Einfluss Sie durch politische Wahlen in Deutschland haben?

Ich wähle hauptsächlich deshalb, weil es Bürgerpflicht ist.

CDU/CSU



GRÜNE



SPD



AfD



LINKE



FDP



Unentschlossene



Nichtwähler*innen



Was glauben Sie, welchen Einfluss Sie durch politische Wahlen in Deutschland haben?

Es macht wenig Sinn, wählen zu gehen. Keine Partei bildet meine Bedürfnisse ausreichend ab.

CDU/CSU



GRÜNE



SPD



AfD



LINKE



FDP



Unentschlossene



Nichtwähler*innen



Was glauben Sie, welchen Einfluss Sie durch politische Wahlen in Deutschland haben?

Wahlen sind mir nicht so wichtig. Ich kümmere mich eher um andere Dinge.

CDU/CSU



GRÜNE



SPD



AfD



LINKE



FDP



Unentschlossene



Nichtwähler*innen



Abbildung 10 zeigt die Faktoren, die die Parteipräferenz der Befragten beeinflusst. Hier zeigt sich eine starke programmatische Orientierung: Etwa zwei Drittel aller Befragten gaben an, sich bei der Wahlentscheidung nach den Grundwerten einer Partei zu richten. Auch sagte knapp die Hälfte der Befragten aller Altersgruppen, sie würden sich an den Vorhaben der Parteien in den nächsten Jahren orientieren. Die Gruppe der jüngste Befragten hat hier den stärksten pragmatischen Fokus: Sie stimmte dieser Aussage mit 54 Prozent stärker zu als die übrigen Altersgruppen.

In der ältesten Gruppe der Stichprobe (55 und älter) spielen zudem die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien eine deutlich wichtigere Rolle als für die jüngeren Gruppen: 50 Prozent der Befragten in der ältesten Altersgruppe gaben an, sich danach zu richten, welche Politikerinnen und Politiker der Parteien am ehesten überzeugen. Im Gegensatz dazu nannten nur 30 Prozent der jüngsten Altersgruppe Kandidatinnen und Kandidaten als relevant für die Wahlentscheidung.

Die Befragungsergebnisse in Abbildung 10 bestätigen ebenfalls, dass die empfundene Überforderung mit politischen Inhalten gering ist. Hier wird auch deutlich, dass eine monothematische Ausrichtung einer Partei in keiner Altersgruppe als ausreichend empfunden wird, um sie zu wählen.

Wonach entscheiden Sie, wen oder was Sie wählen?

Ich richte mich überwiegend danach, welche Grundwerte und Haltungen die Parteien jeweils verkörpern.

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Ich richte mich überwiegend nach Parteiprogrammen, d. h. was Parteien für die nächsten Jahre vorhaben und versprechen.

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Wonach entscheiden Sie, wen oder was Sie wählen?

Ich richte mich überwiegend nach den Personen, d.h. welche Politiker mich am ehesten überzeugen.

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Parteiprogramme sind so komplex und undurchsichtig, deshalb richte ich mich danach, welche Partei für das Thema steht, das mir am wichtigsten ist.

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Wonach entscheiden Sie, wen oder was Sie wählen?

Ich entscheide auch aus taktischen Überlegungen heraus, z. B. aufgrund der 5%-Hürde, oder um eine bestimmte Koalition zu ermöglichen.

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Ich orientiere mich daran, was meine Familie oder Freunde wählen oder mir empfehlen.

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Abbildung 11 schließlich zeigt, dass auch das Informationsverhalten der Befragten vor der Wahlentscheidung einer programmatischen Orientierung folgt. Hier ist die Information durch Wahlprogramme in der Gruppe der 18- bis 34-jährigen am stärksten ausgeprägt, ebenso wie die Nutzung des Wahlmatten, um die Wahlentscheidung zu treffen. Beides spricht für eine stark programmatische Orientierung der jüngsten Altersgruppe in der Stichprobe. Die häufige Nennung von Wahlprogrammen als Informationsquelle vor der Wahlentscheidung muss jedoch leicht eingeschränkt werden: Vermutlich kann man den Befund eher als den Fokus auf politische Inhalte und Vorhaben der Parteien interpretieren, als als die tatsächliche Beschäftigung mit dem veröffentlichten Wahlprogramm.

Überraschenderweise spielten soziale Medien – wenn auch in der jüngsten Altersgruppe noch etwas intensiver genutzt – allgemein eine untergeordnete Rolle als Informationsquelle für die Wahlentscheidung. Die Berichterstattung herkömmlicher Medien hat laut den Befragten über alle Altersgruppen hinweg einen höheren Stellenwert.

Welche der folgenden Informationsangebote nutzen Sie, bevor Sie Ihre Wahlentscheidung treffen?

Wahlprogramme der Parteien

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Mediale Berichterstattung

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Welche der folgenden Informationsangebote nutzen Sie, bevor Sie Ihre Wahlentscheidung treffen?

Freunde/Familie

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Wahlomat

18 bis 34 Jahre




35 bis 54 Jahre



55 und älter



 nutze ich

Welche der folgenden Informationsangebote nutzen Sie, bevor Sie Ihre Wahlentscheidung treffen?

Meinungsumfragen

18 bis 34 Jahre



35 bis 54 Jahre



55 und älter



Soziale Medien, z. B. Facebook, Twitter, YouTube, Instagram etc.

18 bis 34 Jahre




35 bis 54 Jahre



55 und älter



 nutze ich

Themenbewertungen, Kandidatinnen- und Kandidatenbewertung, Parteiidentifikation

Motivationen und Gründe für die Wahlentscheidung beruhen immer auf der Selbstauskunft der Befragten und werden damit gegebenenfalls rückwirkend stark rationalisiert. Daher wurden ebenfalls Bewertungen politischer Themen, der Kandidatinnen und Kandidaten, sowie die Zuneigung zu Parteien, unabhängig von der eigentlichen Wahlentscheidung, erfasst.

Abbildung 12 zeigt die Bewertung politischer Themenfelder über die einzelnen Gruppen der Befragten – zunächst eingestuft nach der jeweiligen Relevanz in den Altersgruppen, dann sortiert nach dem größten empfundenen politischen Handlungsbedarf. Die Themen waren im Fragebogen vorgegeben. Die Gruppe der jüngsten Befragten wurde hier in zwei kleinere Gruppen – 18- bis 24-Jährige sowie 25- bis 34-Jährige – aufgeteilt, da diese bei einem Themenkomplex starke Unterschiede aufweisen.

Auffällig ist, dass – mit Ausnahme des Themas Klimawandel/Umweltschutz – über alle Altersgruppen hinweg eine sehr ähnliche bis gleiche Themenpriorisierung zu sehen ist. Die Themen Gesundheit, vor dem Hintergrund der Pandemie nicht verwunderlich, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, das gesellschaftliche Miteinander sowie Digitalisierung belegen sowohl bei der Frage nach der Relevanz als auch des politischen Handlungsbedarfs die oberen Plätze. Migration und Integration, Verbraucherschutz und innere Sicherheit hingegen bleiben bei allen Altersgruppen eher untergeordnet.

Beim Thema Klimawandel ist ein deutlicher Bruch zwischen den Generationen erkennbar: Allein die jüngste Altersgruppe nennt das Thema höchst relevant und sieht dort politischen Handlungsbedarf. Die zwei ältesten Altersgruppen setzen das Thema in ihrer Priorisierung sogar auf die letzten Plätze. Entsprechend schlägt sich die thematische Ausrichtung der Generationen im Wahlverhalten nieder: Mit 32 Prozent, die angaben, die Grünen wählen zu wollen, sind sie in der jüngsten Altersgruppe mit Abstand die stärkste Partei – alle anderen Parteien bleiben im einstelligen Prozentbereich. Bei den zwei ältesten Altersgruppen ist jeweils die CDU/CSU am stärksten, allerdings bewegen sich die Werte auf niedrigerem Niveau – jeweils ungefähr 20 Prozent beider Altersgruppen geben die CDU/CSU als präferierte Partei an.

Themenwichtigkeit nach Altersgruppen

18 bis 24 Jahre

1. **Gesundheit**
2. **Klimawandel/ Umweltschutz**
3. **Soziale Sicherheit/ soziale Gerechtigkeit**
4. **Digitalisierung**
5. **Das Miteinander in der Gesellschaft**
6. **Innere Sicherheit**
7. **Migration/ Integration**
8. **Verbraucherschutz**

25 bis 34 Jahre

1. **Gesundheit**
2. **Soziale Sicherheit/ soziale Gerechtigkeit**
3. **Das Miteinander in der Gesellschaft**
4. **Digitalisierung**
5. **Innere Sicherheit**
6. **Klimawandel/ Umweltschutz**
7. **Verbraucherschutz**
8. **Migration/ Integration**

35 bis 54 Jahre

1. **Gesundheit**
2. **Soziale Sicherheit/ soziale Gerechtigkeit**
3. **Das Miteinander in der Gesellschaft**
4. **Innere Sicherheit**
5. **Digitalisierung**
6. **Klimawandel/ Umweltschutz**
7. **Verbraucherschutz**
8. **Migration/ Integration**

Themenwichtigkeit nach Altersgruppen

55 und älter

- 1. Gesundheit**
- 2. Soziale Sicherheit/ soziale Gerechtigkeit**
- 3. Das Miteinander in der Gesellschaft**
- 4. Innere Sicherheit**
- 5. Klimawandel/ Umweltschutz**
- 6. Verbraucherschutz**
- 7. Digitalisierung**
- 8. Migration/ Integration**

Wo tut die deutsche Politik zu wenig?

18 bis 24 Jahre

1. Klimawandel / Umweltschutz
2. Das Miteinander in der Gesellschaft
3. Digitalisierung
4. Gesundheit
5. Soziale Sicherheit / soziale Gerechtigkeit
6. Migration / Integration
7. Verbraucherschutz
8. Innere Sicherheit

25 bis 34 Jahre

1. Das Miteinander in der Gesellschaft
2. Digitalisierung
3. Soziale Sicherheit / soziale Gerechtigkeit
4. Gesundheit
5. Klimawandel / Umweltschutz
6. Innere Sicherheit
7. Verbraucherschutz
8. Migration / Integration

35 bis 54 Jahre

1. Das Miteinander in der Gesellschaft
2. Digitalisierung
3. Soziale Sicherheit / soziale Gerechtigkeit
4. Gesundheit
5. Innere Sicherheit
6. Verbraucherschutz
7. Klimawandel / Umweltschutz
8. Migration / Integration

Wo tut die deutsche Politik zu wenig?

55 und älter

1. Das Miteinander in der Gesellschaft
2. Soziale Sicherheit/ soziale Gerechtigkeit
3. Digitalisierung
4. Gesundheit
5. Innere Sicherheit
6. Verbraucherschutz
7. Klimawandel/ Umweltschutz
8. Migration/ Integration

Abbildung 13 zeigt die Bewertungen von Kandidatinnen und Kandidaten in der Stichprobe, sortiert nach Parteipräferenz der Befragten. Insgesamt wurden 14 Politikerinnen und Politiker abgefragt, die Darstellung zeigt die drei am besten und die drei am schlechtesten bewerteten politischen Akteure. Wenig überraschend werden die Kandidatinnen und Kandidaten der präferierten Partei am positivsten gesehen. Allerdings zeigt sich, dass es bestimmte Politikerinnen und Politiker gibt, die sowohl in der positiven als auch in der negativen Bewertung häufig vorkommen. Andere tauchen hier hingegen gar nicht auf. Das deutet auf die Polarisierung bestimmter Kandidatinnen und Kandidaten hin, während die Befragten von anderen kein klares Bild zu haben scheinen.

Angela Merkel wurde in der gesamten Stichprobe durchschnittlich am positivsten bewertet. Die Kandidatinnen und Kandidaten der AfD belegten bei allen Gruppen – Anhängerinnen und Anhänger der AfD ausgenommen – die unteren Plätze der Bewertung. Interessant ist außerdem, dass Annalena Baerbock deutlich positiver bewertet wird als der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Armin Laschet. Er ist bei keiner Partei unter den besten und schlechtesten drei Politikerinnen oder Politikern aufgeführt. Ebenfalls interessant ist die positive Bewertung von Sarah Wagenknecht unter den Unentschlossenen und Nichtwählerinnen und -wählern, was dafür sprechen könnte, dass sie als Politikerin mit besonders klarer Position wahrgenommen wird.

Wie bewerten Sie die folgenden Politiker?

CDU/CSU

1. **Angela Merkel**
2. **Markus Söder**
3. **Jens Spahn**

1. Alice Weidel
2. Jörg Meuthen
3. Kevin Kühnert

GRÜNE

1. **Annalena Baerbock**
2. **Robert Habeck**
3. **Angela Merkel**

1. Alice Weidel
2. Jörg Meuthen
3. Christian Lindner

SPD

1. **Olaf Scholz**
2. **Angela Merkel**
3. **Annalena Baerbock**

1. Alice Weidel
2. Jörg Meuthen
3. Christian Lindner

AfD

1. **Alice Weidel**
2. **Jörg Meuthen**
3. **Sahra Wagenknecht**

1. **Angela Merkel**
2. **Susanne Hennig-Wellsow**
3. **Annalena Baerbock**

LINKE

1. **Sahra Wagenknecht**
2. **Susanne Hennig-Wellsow**
3. **Annalena Baerbock**

1. Alice Weidel
2. Jörg Meuthen
3. Jens Spahn

FDP

1. **Christian Lindner**
2. **Markus Söder**
3. **Angela Merkel**

1. Jörg Meuthen
2. Alice Weidel
3. Susanne Hennig-Wellsow

 am besten bewertet

 am schlechtesten bewertet

Wie bewerten Sie die folgenden Politiker?

Unentschlossene

- 1. Markus Söder**
- 2. Angela Merkel**
- 3. Sahra Wagenknecht**

- Alice Weidel
- Jörg Meuthen
- Susanne Hennig-Wellsow

Nichtwähler*innen

- 1. Sahra Wagenknecht**
- 2. Markus Söder**
- 3. Angela Merkel**

- Alice Weidel
- Jörg Meuthen
- Jens Spahn

 am besten bewertet

 am schlechtesten bewertet

Abbildung 14 stellt demgegenüber die Zuneigung unter „Sympathisantinnen“ und „Sympathisanten“ einer Partei gegenüber den übrigen Parteien dar. Verbindet man die Ergebnisse mit der Bewertung der Kandidatinnen und Kandidaten, zeigt sich erneut, dass diese Personen nur bedingt Einfluss auf die Wahlentscheidung haben. Obwohl Sarah Wagenknecht unter den Unentschlossenen und Nichtwählerinnen und -wählern als eine der beliebtesten Politikerinnen eingestuft wird, fühlen sich diese Gruppen trotzdem am ehesten der SPD und CDU/CSU zugeneigt. Dieser Befund widerspricht der Vermutung, Nichtwählerinnen und -wähler aber auch Unentschlossene seien besonders affin für radikale Positionen und Parteien. Die stärkste Ablehnung zeigt sich auch in diesen Gruppen gegenüber der AfD.

Der geringe Einfluss der Kandidatinnen und Kandidaten auf die Wahlentscheidung zeigt sich ebenfalls bei der Gruppe der Grünen und SPD in der Stichprobe: Obwohl Angela Merkel als Politikerin in beiden Gruppen sehr positiv bewertet wird, wirkt sich die Bewertung nicht auf die generelle Zuneigung zur CDU/CSU aus. Die Zuneigung der Wählerinnen und Wähler der Grünen zur SPD (und auch der Wählerinnen und Wähler der SPD zu den Grünen) ist deutlich größer.

Diese Sympathien zwischen den Wählerinnen und Wählern der Grünen und SPD, teils auch der Linken schlägt sich auch in den Wünschen bezüglich der künftigen Regierungskoalition nieder. Abbildung 15 zeigt, dass eine Koalition aus Grüne, SPD und Linke unter den Befragten am beliebtesten war. Darüber hinaus sind die Grünen in den drei beliebtesten Koalitionen vertreten. Die aktuelle Regierung aus CDU/CSU und SPD erhielt unter den Befragten mit 16 Prozent nur noch relativ schwache Zustimmung.

Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer oder mehreren Parteien zu? Bitte kreuzen Sie bei den folgenden Parteien an, wie stark Sie zu diesen jeweils neigen.

	CDU/CSU Wähler*innen	GRÜNE Wähler*innen	SPD Wähler*innen	AfD Wähler*innen	LINKE Wähler*innen	FDP Wähler*innen	Unent- schlossene	Nicht- wähler*innen
CDU/ CSU	1,5	3,4	3,4	4,2	4,0	3,1	3,2	3,9
GRÜNE	3,4	1,4	3,0	4,7	3,1	3,8	3,4	4,1
SPD	3,2	2,9	1,4	4,4	3,2	3,6	3,2	3,9
AfD	4,6	4,9	4,8	1,5	4,6	4,4	4,4	4,3
LINKE	4,3	3,3	3,5	4,1	1,5	4,0	3,8	4,2
FDP	3,4	3,7	3,8	3,6	4,0	1,5	3,5	4,0

Welche Parteien sollten Ihrem Wunsch nach am besten die Regierungskoalition in Deutschland ab 2021 bilden?

GRÜNE, SPD, Linke



CDU/CSU, GRÜNE



GRÜNE, SPD, FDP



CDU/CSU, SPD



CDU/CSU, FDP



CDU/CSU, GRÜNE, FDP



CDU/CSU, AfD



Sonstige



4

Ausblick und Diskussion

(K)eine Krise der Demokratie?

Diagnosen gesellschaftlicher und demokratischer Krisen sowie politischer Polarisierung und Spaltung können wir auf Basis unserer Daten nicht unterstützen. Vielmehr ergibt sich der Eindruck, dass eine zunehmende Politisierung der Wählerinnen und Wähler stattfindet, die sich in dem starken Fokus auf Programmatik bei der Wahlentscheidung – insbesondere bei der jüngsten Altersgruppe – niederschlägt. Überforderung, Verwirrung und Frustration sind im Verhältnis zu politischem Gestaltungswille bei Wählerinnen und Wählern gering ausgeprägt. Ebenso ist das Vertrauen in ein demokratisches System mehrheitlich fest erankert (vgl. Abbildung 16).

Der medial und öffentlich häufig geäußerten Angst, man könne desinteressierte Gruppen der Gesellschaft an radikale Parteien verlieren, widersprechen unsere Daten. Vielmehr zeigt sich gesamtgesellschaftlich und auch unter Nichtwählerinnen und -wählern eine entschiedene Ablehnung gegen ebendiese Positionen. Allerdings sieht man, dass sich Nichtwählerinnen und -wähler der Wahl primär enthalten, weil sie nicht glauben, dass ihre Wahl einen Effekt hat. Die Wahl gegen andere Parteien ist in dieser Gruppe noch der größte Motivationsgrund und damit die größte Mobilisierungschance: Es wäre für Nichtwählerinnen und -wähler eher ein Anreiz, gegen gewisse Parteien zu stimmen, als für eine Partei. Hier braucht es ein positives Äquivalent, für das es sich gleichermaßen lohnt, entschlossen zu wählen.

Unsere Studie zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Generationen – sowohl, was Wahlmotive betrifft, als auch bezüglich der grundlegenden politischen Haltung. Diesen Befund mag man problematisieren können, und das Gefühl gesellschaftlicher Polarisierung oder Spaltung lässt sich anhand dieser Tendenzen nachvollziehen: Hier zeigt sich deutlich, dass Konflikte über politische Themen und Maßnahmen in der Gesellschaft bestehen. Unsere Demokratie gefährdend sind die Stellen, an denen sich der Konflikt zwischen den Generationen ausmacht, allerdings nicht. Vielmehr geht es hier um die programmatische Ausrichtung der deutschen Politik. Diese auszuhandeln und dazu zu diskutieren, ermöglichen Demokratien nicht nur, sie können dies auch aushalten: Meinungsverschiedenheiten sind sogar ein Element unseres politischen Systems, das Stagnation verhindert. Konflikte und deren Aushandlung akzeptieren zu können statt zu sie problematisieren wäre an dieser Stelle ein wichtiger Schritt. Eine demokratische Diskussionskultur zu stützen, zu fördern und zu normalisieren, ist auf Basis dessen essenziell.

Demokratiezufriedenheit

Aus mehreren Fragen wurde ein allgemeiner Wert für Demokratiezufriedenheit von 0 (gar nicht zufrieden) bis 100 (absolut zufrieden) gebildet.

CDU/CSU



GRÜNE



SPD



AfD



LINKE



FDP



Sonstige



Unentschlossene



Nichtwähler*innen



5

Fazit

Nach den wertvollen Diskussionen, die die Studie „Wie wir wirklich leben“ im Jahr 2020 ermöglicht hat, war es uns wichtig, die Studie in diesem Jahr weiterzuführen. Wir erhoffen uns davon zum einen, unsere Kolleginnen und Kollegen kontinuierlich für die Relevanz demokratischen Engagements sensibilisieren zu können und sie zu motivieren, sich lösungsorientiert in gesellschaftliche und politische Debatten einzubringen. Zum anderen wollen wir auch extern zeigen, wie wichtig und vor allem produktiv der Einsatz für ein gesellschaftlich demokratisches Miteinander aktuell ist. Unser Anspruch ist es, Impulse für ein offenes Miteinander und eine Integration aller in den öffentlichen Diskurs zu geben und damit zu einer friedlichen Diskussionskultur beizutragen, die Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit schafft.

Mit der Bundestagswahl 2021 in Deutschland hatte unsere Studie in diesem Jahr einen speziellen Fokus – das Wahlverhalten und die Wahlmotivationen von Bürgerinnen und Bürgern. Wahlen in Demokratien sind ein konstitutives Element, um eine adäquate Repräsentation von Interessen zu gewährleisten. Wenn Bürgerinnen und Bürger sich der Wahl enthalten, führt das zu einer zunehmenden Diskrepanz zwischen den Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern an das politische System und dessen Outputs. Wachsende Unzufriedenheit und die fehlende Legitimation politischer Entscheidungen durch Bürgerinnen und Bürger sind Probleme, die sich hieraus ergeben können.

Daher ist es essenziell, dass das demokratische Recht, seine politischen Vertreterinnen und Vertreter zu wählen, wahrgenommen wird. Mit unserer Studie wollten wir hierzu einen Beitrag leisten: Wir wollten untersuchen, was Menschen zur Wahl motiviert, welche Punkte ihnen besonders wichtig sind und vor allem, weshalb sie sich unter Umständen der Wahl enthalten. Die Gründe dafür zu kennen, ist ein relevanter Schritt, um sinnvolle Maßnahmen zur Mobilisierung zu Wahlen ergreifen zu können. Damit Demokratien funktionieren und nicht stagnieren, ist die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Wahlen unverzichtbar. Auch kann eine höhere Wahlbeteiligung langfristig ein Mittel dazu sein, um Unzufriedenheiten mit der Politik abzubauen – ein Ziel, auf das wir mit dieser Studie weiterhin hinarbeiten wollen.

Abb. 1	
Untersuchungsdesign der Studie	8
Abb. 2	
Eigenschaften der Erwartungstypen	13–14
Abb. 3	
Verteilung der Erwartungstypen in der Stichprobe	15
Abb. 4	
Dimensionen des Wahlverhaltens der Erwartungstypen	17
Abb. 5	
Beschreibung des Wahlverhaltens und der Wahlmotive nach Erwartungstypen	18–19
Abb. 6	
Wahlverhalten nach Altersgruppen	21
Abb. 7	
Wechselwählerinnen und -wähler nach Altersgruppen	22
Abb. 8	
Sicherheit in der Wahlentscheidung nach Altersgruppen	24–25
Abb. 9	
Wahrgenommener Einfluss durch politische Wahlen nach Parteipräferenz	27–33
Abb. 10	
Einflüsse auf die Wahlentscheidung nach Altersgruppen	35–37
Abb. 11	
Informationsverhalten vor der Wahlentscheidung nach Altersgruppen	39–41

Abb. 12 Relevanz von und Handlungsbedarf in politischen Themenfeldern nach Altersgruppen	43–46
Abb. 13 Bewertung von Politikerinnen und Politikern nach Parteipräferenz	48–49
Abb. 14 Parteizuneigungen nach Parteipräferenz	51
Abb. 15 Koalitionspräferenzen bei Bürgerinnen und Bürgern nach der Bundestagswahl 2021	52
Abb. 16 Demokratiezufriedenheit nach Parteipräferenz	55

Philip Morris GmbH
Am Haag 14
82166 Gräfelfing

Projektleitung

Stephan Röckemann
Leiter Konzernrepräsentanz
GovernmentAffairsBerlin.PMG@pmi.com

Geschäftsführung

Markus Essing (Vorsitzender), Rafael de Gendt, Laurent Martenet,
Claudia Oeking, André Sorge, Markus Schöngassner

Eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München
unter HRB 49432, USt ID: DE 129 444 528

Kontakt

Tel.: +49 89 7247 0
E-Mail: Kontakt.PMG@pmi.com

Konzept und Gestaltung

BOROS



PHILIP MORRIS GMBH